Arabische Politiker beim Tripolis-Gipfel*: „Alle direkten Verhandlungen mit dem Feind müssen abgelehnt werden"

Araber-Gipfel in Libyen: „Ohrfeige für Sadat"

„Begin muß nachgeben oder zurücktreten", fordert der Präsident des Jüdischen Weltverbands, Nahum Goldman. Gut möglich, daß Israel-Premier Begin zu Konzessionen bereit ist. Er hat bereits die Uno-Resolution 242 anerkannt, die eine Rückgabe arabischer Territorien verlangt und derentwegen Begin einst die Regierung verließ. Die in Libyen versammelten Sadat-Gegner rückten derweil von ihr ab und stempelten Sadat zum Feind Nummer eins.

Libyen-Hauptstadt Tripolis Ende letzter Woche:

Aufgeputschte Demonstranten schreien aggressive Losungen: „Genf nein — Gewehr ja" und „Sadat — Verräter, Ehrenzionist".

Parolen an Häuserwänden fordern: „Keine Verhandlungen, keine Kapitulation." Statt dessen: „Befreiung vom (Jordan-) Fluß bis zum (Mittel-) Meer" — die Liquidierung Israels. Auf den Dächern flattern grüne Flaggen. Denn die Libyer haben ihre rot-weiß-schwarze Nationalfahne verbrannt, weil sie mit der Flagge der ägyptischen „Verräter" identisch war.

Staatschef Gaddafi demonstriert in Uniform Kampfbereitschaft. Er empfing Gesinnungsgenossen, um eine Anti-Sadat-Front zu bilden: Syriens Staatschef Assad, Algeriens Boumedienne, die Iraker, die Südjemeniten, die Palästinensergruppen.

Weil mehr Delegationen gekommen sind, als nach vorhergegangenem Palaver zu erwarten war, freute sich der Palästinenser-Radikalist Ahmed Dschibril: „Die Konferenz ist eine Ohrfeige für Sadat."

* Palästinenser Iiad, Algerier Boumedienne, Palästinenser Arafat, Libyer Gaddafi, Iraker Ramadan.

Der Ägypter ist Feind Nummer eins. Die Libyer und ihre radikalen Gesinnungsgenossen träumen vom Aufstand gegen die neuen Rais in Kairo, und sie arbeiten daran. „Wir werden dem ägyptischen Volk helfen, sobald es sich rührt", vertraute Gaddafis Informationsminister Suwei dem SPIEGEL an, „zu Lande, zu Wasser und in der Luft."

Nach dem Friedensrausch von Jerusalem war der Alltag in den Nahen Osten zurückgekehrt, so wie man ihn seit drei Jahrzehnten kennt: arabische Zwietracht, Verschwörungen, Hetze gegen den Staat der Juden, aber auch wenig Kompromißbereitschaft aus Jerusalem.

Denn zwei Wochen nach Sadats „heiliger Mission" haben die radikalen Araber wieder die Initiative ergriffen. Nach dem Tripolis-Treffen wollen sie in Bagdad erneut zusammenkommen. Zu Sadats geplantem Friedenstreffen in Kairo aber werden voraussichtlich nicht einmal die gemäßigten Araber erscheinen.

Israels Regierung ist an dieser Entwicklung nicht unschuldig, denn seit Sadats Reise nach Jerusalem kam von ihr nichts, was die Araber beeindruckt hätte.

Solange kein Araberstaat zu Verhandlungen bereit war, wurden israelische Konzepte für Nahost-Lösungen immer „Schach mit uns selbst" genannt (Golda Meïr). Nun aber, seit sie wirklich in Zugzwang geraten sind, scheint den Israelis nichts einzufallen.

„Es ist eine schreckliche Schande, daß unsere Regierung nicht schon eine Geste zustande brachte, während Sadat in Israel weilte", urteilte der Oppositionsabgeordnete Arie Eliav. Er denkt zum Beispiel an die Freilassung einiger inhaftierter Palästinenser. Kein Araber hätte eine solche Maßnahme als Separatkungelei zwischen Israelis und Ägyptern abtun, Sadat aber hätte schon ein konkretes Ergebnis verbuchen können.

Der ehemalige Außenminister Abba Eban drängt Premier Begin, spätestens im Januar Konzessionen im besetzten Westjordanien anzubieten, wenn er den Dialog mit Ägypten in Gang halten wolle. Dazu müsse der autoritäre Regierungschef endlich seine mythische Einstellung zu diesem „biblischen Land Judäa und Samaria" (Begin) aufgeben.

„Die Regierungspolitik ist unanwendbar", klagte ein anderer Ex-Außenminister, Jigal Allon: „Entweder muß die Regierung ihre Politik ändern oder

das Volk die Regierung." Der Präsident des Jüdischen Weltverbandes und Israel-Kritiker Nahum Goldman erklärte der arabischen Jerusalemer Zeitung „El-Fadschr": „Begin muß nachgeben oder zurücktreten."

Auch Regierungsmitglieder machen sich Gedanken. „Eine Wahl zwischen Frieden und Prinzipientreue wird schwer werden", weiß Finanzminister Simcha Ehrlich, zweiter Mann des regierungstragenden Likud-Blocks, „doch Prinzipien können sich ändern, während der Friede über allem steht."

Unter den 78 Abgeordneten der Regierungskoalition tritt eine knappe Mehrheit dafür ein, den Ägyptern fast die gesamte Sinai-Halbinsel zurückzugeben. Für Zugeständnisse in Westjordanien sind dagegen nur die seit sechs Wochen an der Regierung beteiligten Mitglieder der Demokratischen Erneuerungsbewegung des Archäologieprofessors Jadin, der nun dem Kabinett als stellvertretender Premier angehört.

Gemäßigte Kräfte aus Begins rechtem Likud-Lager wollten kürzlich gar einen Block mit Oppositionspolitikern bilden, besonders Mitgliedern der im Mai abgewählten Arbeitspartei. Die Likud-Leitung aber achtet auf strenge Parteidisziplin und warnte vor „messianischer Hysterie".

Trotz der herrschenden Friedensstimmung eröffneten am Donnerstag letzter Woche Gruppen der radikalreligiösen Gusch-Emunim-Bewegung zwei weitere, seit längerer Zeit geplante Siedlungen in Westjordanien — allerdings auf dem Gelände bestehender israelischer Militärlager.

Einflußreichste Taube in der Regierung ist derzeit der einstige Falke Außenminister Mosche Dajan. Er hatte vorletzte Woche gewarnt, daß die „arabische Kriegsoption" bestehen bleibe, „solange wir im Sinai, am Jordan und auf dem Golan bleiben", und den Israelis „schwere, schmerzliche Beschlüsse" angekündigt.

Deshalb überraschte Dajans harte Haltung bei öffentlichen Auftritten während seines Besuches in der Bundesrepublik. Bei einem Essen in der Godesberger „Redoute" nahm der Israeli die Deutschen und die Europäer an: „Wir erwarten von Europa, daß es uns konsultiert . . . ehe es Erklärungen veröffentlicht. Ihre Erklärungen . . . bringen öfter den Frieden nicht näher, sondern entfernen ihn noch . . ." Ein hoher Bonner Regierungsbeamter: „Solche Tischreden werden in Bonn nicht alle Tage gehalten."

Im privaten Umgang aber zeigte sich Dajan freundlich und einsichtig. Kanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, die ihn zum erstenmal erlebten, waren von Dajan geradezu begeistert.

Der spröde Regierungschef Begin schätzt den zwielichtigen Dajan ebenfalls. Er hat ihn nach Ansicht des „SZ"-Kolumnisten Kempski „so nötig wie

Der Blitzstab

Dieses OSRAM Elektronenblitzgerät ist nach Leistung und Design überragend in seiner Klasse. Der optimierte Reflektor garantiert die bessere Ausleuchtung des Bildes.

Der neu entwickelte OSRAM Kombifuß paßt auf Kameras mit Piezo-Zündung (FlipFlash) oder Mittenkontakt...
...und auf die neuen Sofortbildkameras von Kodak.

PM 25
electron

OSRAM

Ein Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt!

FR-GUTSCHEIN

An Frankfurter Rundschau, Vertriebswerbung, Postfach 2606, 6000 Frankfurt/M. 1

Ich möchte 6 Tage kostenlos und unverbindlich die „Frankfurter Rundschau" lesen. Im Anschluß an die 6-Tage-Probesendung wünsche ich:

☐ Weiterlieferung für monatlich DM 16,90 bei Postbezug (einschließlich Postvertriebsgebühr);

☐ vorerst keine Weiterlieferung (Gewünschtes bitte im ☐ mit einem x versehen!)

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____

Straße und Hausnummer: _____

Wohnort, Zustellpostamt: _____

(Datum) _____ (Unterschrift) _____

Wir möchten Sie schnell und gewissenhaft bedienen, deshalb bitten wir Sie um vollständige und deutliche Eintragungen. **SP**

ein jüdischer Fleischhauer das Zertifikat des Rabbinats für koschere Ware".

Tatsächlich spricht einiges dafür, daß sich die beiden stärksten Männer der Jerusalemer Regierung die Arbeit teilen: Während der von Israels historisch-religiösen Rechten beseelte Premier sich öffentlich „jeder nochmaligen Teilung des Heimatlandes" — das heißt der Räumung Westjordaniens — widersetzt, darf Dajan schon mal laut über neue Modelle nachdenken. Für ihn müssen künftige Vereinbarungen lediglich Israels Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen.

Dajan gehört zu jenen Kabinettsmitgliedern, die territoriale Konzessionen auf dem Westufergebiet erwägen und eventuell sogar ein Verwaltungsarrangement in Ost-Jerusalem, das gemäßigte Araber womöglich akzeptieren würden. Er kann sich vorstellen, daß die saudiarabische Fahne auf den Moslem-Heiligtümern El-Aksa-Moschee und Felsendom gehißt werden darf.

Chef Begin gestand vorige Woche dem Auswärtigen Ausschuß der Knesset, er könne nicht alles enthüllen, was er mit Sadat besprochen habe. Ein wenig ist er bereits von seiner harten Haltung abgerückt:

Heute akzeptiert Begin die Uno-Resolution 242 als Verhandlungsbasis, der zufolge sich Israel aus 1967 eroberten Gebieten zurückziehen soll. 1970 war er aus Israels Notstandsregierung ausgetreten, weil sie jenen Beschluß indirekt anerkannte.

Diese Resolution — und damit indirekt Israels Existenz — haben auch Syriens Staatschef Assad und PLO-Chef Arafat anerkannt, die am Wochenende am Anti-Sadat-Treffen in Tripolis teilnahmen.

„Wenn eine Katastrophe droht, ist nur natürlich, daß die gläubigen Söhne einer Nation zusammenkommen", sagte Assad, „um zu beraten, wie man sie abwenden kann." An den persönlichen Ausfällen gegen Sadat beteiligte sich der Syrer nicht.

Arafat geriet unter das Feuer seiner radikalen Landsleute. Sie nannten ihn „Papiertiger" und „palästinensischer Chamberlain". Auf einer Vorkonferenz der Palästinenser am Donnerstagabend hinter verschlossenen Türen setzten die Radikalen dem PLO-Chef derart zu, daß er zurücktreten und die Konferenz verlassen wollte. Libyens Dschallud mußte vermitteln.

Hauptziel der Ultras war es, die beiden wichtigen Israel-Nachbarn, Assad und Arafat, unter Druck zu setzen. „Alle Versammelten sollen sich klar von 242 lossagen", erklärte Palästinenser-Extremist Dr. Habasch dem SPIEGEL, „alle direkten Verhandlungen mit dem Feind müssen abgelehnt werden, egal ob in Genf, New York oder sonstwo."

Für solche Verhandlungen haben die Radikalen schon ein Wort geprägt — Sadatismus.